

# Geschenk für die Rüstungsindustrie

## Kabinett beschließt Finanzplanung bis 2030

von Jürgen Wagner

Ein tolles Präsent hatte Regierung am 29. April kurz vor dem Tag der Arbeit parat. Damit die Menschen auch wissen, für was sie schufteten, beschloss das Kabinett den „Finanzplan des Bundes 2026 bis 2030“, den Bundesfinanzminister Lars Klingbeil mit folgenden Worten präsentierte: „Wir setzen auf Investitionen und Reformen, um Deutschland stärker und krisenfester zu machen.“ So ziemlich genau das Gegenteil ist aber der Fall, denn das Einzige, was wirklich weiter steigt, sind die Militärausgaben.

Für 2026 sind Militärausgaben (v.a. Verteidigungshaushalt, aber auch weitere militärrelevante Posten nach NATO-Kriterien) von 100,9 Mrd. Euro plus 25,5 Mrd. aus dem Sondervermögen der Bundeswehr vorgesehen (2021 beliefen sich die Ausgaben nach NATO-Kriterien noch auf 52,4 Mrd. Euro). Mit den nun beschlossenen Eckwerten wird für 2027 mit Militärausgaben von 125 Mrd. Euro gerechnet und aus dem Sondervermögen, das danach aufgebraucht sein wird, sollen 27,5 Mrd. Euro hinzukommen. Damit liegen die neuen 2027er-Zahlen noch einmal um satte 16,9 Mrd. Euro über dem bisher gültigen „Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029“ von September 2025.

Und so soll es auch die folgenden Jahre weitergehen: Für 2028 sind 167 Mrd. Euro vorgesehen (zuvor 152 Mrd. Euro) und für 2029 wird nun mit 176 Mrd. Euro geplant (zuvor 168 Mrd. Euro). Für das bisher noch nicht in die Planungen mit einbezogene Jahr 2030 wird mit 196,4 Mrd. Euro noch einmal eine deutliche Erhöhung anvisiert. Davon sollen auf den Verteidigungshaushalt 179,8 Mrd. Euro entfallen, hinzu kommen die Ausgaben für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,8 Mrd. Euro), für die Nachrichtendienste (2,7 Mrd. Euro), für IT-Sicherheit (2,6 Mrd. Euro) sowie für Waffenlieferungen vor allem an die Ukraine (8,5 Mrd. Euro).

Damit frisst der Anstieg der Militärausgaben fast die gesamte geplante Erhöhung des Bundeshaushaltes von 524,5 Mrd. Euro (2026) auf 625,1 Mrd. Euro (2030) auf. Während in fast allen anderen Haushalten gespart wird, würden sich die Militärausgaben 2030 auf 31,4 Prozent des gesamten Haushaltes belaufen. Da dies kaum zu

stemmen ist, sind das Einzige, was ebenso schnell steigt wie die Militärausgaben, die daraus resultierenden Schulden.

Denn nachdem Union, SPD und Grüne dafür an späteren Sperrminoritäten vorbei im März 2025 den Weg freigemacht haben, sind Militärausgaben über einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von der Schuldenbremse ausgenommen. Allein von 2026 bis 2030 werden sich diese Rüstungsschulden laut Finanzplan auf 534,5 Mrd. Euro summieren und für 96 Prozent der neuen Schulden verantwortlich sein. Die Zinszahlungen werden im selben Zeitraum dementsprechend von 30,3 Mrd. Euro (2026) auf 78,7 Mrd. Euro (2030) steigen. Allein dies wird 2030 (bei gleichbleibenden Zinsen) rund 12,5 Prozent des Haushalts verschlingen und künftige Spielräume massiv einschränken.

Angesichts dieser erschreckenden Zahlen ist es erschreckend ruhig in Deutschland. Anders ist das zum Beispiel in Belgien, wo es zu Massenprotesten kommt, bei denen der Zusammenhang von Militarisation und Sozialabbau eine zentrale Rolle spielt. Im Interview mit [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com) erklärte dazu Peter Mertens, Generalsekretär der Partei der Arbeit Belgiens: „Es sind dieselben Menschen, die die Zeche für beides zahlen: für die Kriege und für die Sparmaßnahmen. Dieser Zusammenhang lässt sich kaum noch ignorieren. Was bei den Militärausgaben hinzugefügt wird, wird den Sozialleistungen abgezogen – es ist fast ein Verhältnis von eins zu eins. Das muss unser Ausgangspunkt sein.“